

Der Föderalismus als Prinzip überstaatlicher Gemeinschaftsbildung

Von
Katharina Heckel



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
A. Der Föderalismus im Spannungsfeld zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten	17
I. Die Erforderlichkeit einer europäischen Integration	19
II. Die Entwicklung der europäischen Staatenverbindung vor Maastricht ...	27
III. Der Maastrichter Vertrag	28
1. Die Vertiefung der Integration durch den Maastrichter Vertrag	28
a) Der Kompetenzzuwachs der europäischen Ebene	29
b) Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)	30
c) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	32
d) Justiz und Inneres	36
e) Die Sozialpolitik	38
2. Die Wahrung der Staatlichkeit der Mitgliedstaaten und die Berücksichtigung föderaler Strukturen innerhalb der Mitgliedstaaten durch den Vertrag	39
IV. Die Verfassungsstruktur Europas seit der Gründung der Europäischen Union	40
1. Staatenähnliche Elemente	40
a) Die Kompetenzfülle der europäischen Hoheitsgewalt	40
b) Die Selbständigkeit der Gemeinschaftsorgane	41
aa) Die Europäische Kommission	41
bb) Das Europäische Parlament	43
cc) Der Europäische Gerichtshof	43
dd) Der Ministerrat	45
ee) Die Verpflichtung der Gemeinschaftsorgane auf gemeinsame europäische Belange und die wechselseitige Verflechtung und Kooperation auf nationaler und übernationaler Ebene	50
ff) Die künftige Europäische Zentralbank	51

c) Die finanzielle Selbständigkeit der Europäischen Gemeinschaft . . .	52
d) Rechtsetzungsgewalt und Gemeinschaftsrechtsordnung	55
e) Der Rechtsschutz	63
f) Dauerhaftigkeit, Unvollendetheit und politische Finalität der Europäischen Union	65
2. Nichtstaatliche Momente	66
a) Gebietshoheit	67
b) Personalhoheit und Unionsbürgerschaft	67
c) Hoheitsgewalt	70
3. Die Souveränitätsfrage	75
4. Sind die Mitgliedstaaten noch die Herren der Verträge?	87
5. Die Rechtsnatur der Europäischen Union	89
V. Die Kritik an Umfang und Geschwindigkeit dieser Vergemeinschaftung .	96
1. Zentralismus, Bürgerferne und Unkontrollierbarkeit des EU-Machtapparates	98
2. Das Problem des Demokratiedefizits	101
3. Der Exekutivföderalismus	117
4. Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit	118
VI. Die föderative Gestalt der Europäischen Union und föderalistische Grenzen ihrer weiteren Verdichtung	120
1. Die gegenwärtige föderative Struktur der Europäischen Union	120
2. Gemeinschaftsrechtliche Grenzen einer europäischen Integration	122
3. Verfassungsrechtliche Schranken der künftigen Entwicklung	124
a) Art. 79 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG	124
b) Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG	135
VII. Die künftige Entwicklung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten – Gefahren und Chancen für den Föderalismus als überstaatliches und nationales Strukturprinzip	138
1. Ziele und Perspektiven der europäischen Einigung und des Föderalismus	138
2. Die Verstärkung der rechtlichen Absicherung der Nationalstaaten	154
a) Das Subsidiaritätsprinzip	154
b) Die Erstellung eines Kompetenzkataloges	161

B. Bundesländer und europäische Integration	164
I. Die Kompetenzverlagerungen auf die europäische Ebene, ihre Auswirkungen auf das innerstaatliche Verfassungsgefüge und die „Regelungswut“ der Gemeinschaftsorgane	165
1. Die Erforderlichkeit gliedstaatlicher Kompetenzverlagerungen	165
2. Die innerstaatlichen Auswirkungen der Kompetenzverschiebung	167
3. Die „Regelungswut“ der Gemeinschaftsorgane	170
II. Die Ausgangssituation der Bundesländer	172
1. Gemeinschaftsrecht und Bundesländer	173
2. Die Verbandskompetenz in europäischen Angelegenheiten nach dem Grundgesetz	175
3. Die Organkompetenz in europäischen Angelegenheiten	178
4. Der Rechtsschutz der Bundesländer durch den EuGH	181
5. Die rechtliche Absicherung der Bundesländer durch Art. 79 Abs. 3 GG	182
6. Die Bedeutung der Ausführungskompetenzen für die Kompensationsfrage	184
III. Das Verhalten der Bundesländer und die bisherigen Regelungen	185
1. Die erste Zeit nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaften	185
2. Art. 2 EEAG und die Folgezeit	189
3. Der Maastrichter Vertrag und die mit ihm einhergehenden Verfassungsänderungen	192
IV. Der neue Artikel 23 des Grundgesetzes	194
1. Inhalt und Funktionen der Norm	194
2. Die neuen Parallelen zum Föderalismus der Bismarckschen Reichsverfassung	196
3. Funktionswandel des Bundesrates – zum Koordinierungsorgan der Landespolitik in europäischen Angelegenheiten	198
4. Die Auswirkungen auf Landtage und Landesregierungen	202
5. Die Verschiebungen im Verhältnis des Bundesrates zum Bundestag	205
a) Das Vertragsgesetz als Zustimmungsgesetz, Art. 23 Abs. 1 Satz 2 GG	205
b) Die neuen Gestaltungsformen der Mitwirkung von Bundesrat und Bundestag bei der Willensbildung des Bundes	206
6. Die Verschiebungen im Verhältnis des Bundesrates zur Bundesregierung	209

a) Der erweiterte Einfluß der Stellungnahmen des Bundesrates auf die Europapolitik	209
b) Die Bedeutung des Ländervertreeters für die Organkompetenz der Bundesregierung	212
c) Das erweiterte Zustimmungsrecht des Bundesrates bei der Intensivierung und Erweiterung des vereinten Europa	215
7. Art. 23 GG und die unmittelbaren Kontakte der Länder zur Union . .	215
V. Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips und eines Kompetenzkataloges für die deutschen Bundesländer	217
VI. Europa der Regionen	221
Literaturverzeichnis	231
Sachverzeichnis	241